
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

FDP ZU HERKUNFTSSPRACHLICHEM UNTERRICHT

08.08.2018

- **Herkunftssprachlicher Unterricht muss zurück in Landesverantwortung**
- **Lehrkräfte sollen wieder der Fach- und Dienstaufsicht des Landes unterliegen**
- **Unabhängigkeit von Herkunftsstaaten verhindert politische und ideologische Einflussnahmen**

WIESBADEN – „Der herkunftssprachliche Unterricht muss wieder vollständig in die Verantwortung des Landes Hessen zurückgeführt werden, um die Schülerinnen und Schüler vor politischer und ideologischer Einflussnahme zu schützen. Dies wird gerade am Beispiel der Türkei besonders deutlich.“, so Wolfgang GREILICH, schulpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag.

Greilich weiter: „In dieser Situation ist es völlig unverständlich, dass die schwarz-grüne Koalition heute unseren hierauf gerichteten Antrag abgelehnt hat. Derzeit nehmen über 10.000 Schülerinnen und Schüler das Angebot des herkunftssprachlichen Unterrichts in Hessen wahr. Dieser fördert die Mehrsprachenkompetenz und die Verbesserung von Bildungschancen. Dadurch wird Integration durch Anerkennung und Wertschätzung der Mehrsprachigkeit begünstigt. Der Kurs, diesen Unterricht in die Verantwortung der Herkunftsländer zu legen, muss insbesondere wegen der Entwicklung in der Türkei korrigiert werden. Es ist nicht weiter zu verantworten, dass beispielsweise im Schuljahr 2016/17 bereits 45 Lehrkräfte im Auftrag des türkischen Bildungsministeriums tätig waren, während Monat für Monat wegen der politischen Entwicklung in der Türkei die Zahl der Flüchtlinge aus diesem Land steigt.“

„Die Einhaltung der Bildungs- und Erziehungsziele, die im Hessischen Schulgesetz verankert sind, muss neben dem qualitativ hochwertigen sprachlichen Unterricht

gewährleistet werden. Aus diesem Grund muss das Kultusministerium als Dienstherr wieder die Fach- und Dienstaufsicht wahrnehmen können. Nach den Auskünften des Kultusministers ist derzeit die Aufsicht im Bereich dieses Unterrichts nicht sichergestellt.“, so Greilich abschließend.

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de